

Ersin Özşahin

Bürgerbeteiligung – Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger

Aus:

Ulrike Schönfeld-Nastoll, Ralf Gutfleisch, Anke Schöb, Alexandra Dörzenbach (Hrsg.)

Lebensqualität aus Bürgersicht 2012 und 2015 – Deutsche Städte im Vergleich

Stadtforschung und Statistik | Themenbuch 2
Stuttgart 2018

ISBN 978-3-922421-57-3 (Printversion)

ISBN 978-3-922421-58-0 (PDF-Version)

S. 193 - 206



Verband Deutscher Städtestatistiker

© 2018 Verband Deutscher Städtestatistiker unter Verwendung einer CC-Lizenz: BY-NC 4.0 Deutschland.

Die PDF-Version wird kostenfrei unter Verwendung einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: CC BY-NC 4.0. Sie dürfen das Werk in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten sowie das Material remixen, verändern und darauf aufbauen.

Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders. Keine kommerzielle Nutzung: Sie dürfen das Material nicht für kommerzielle Zwecke nutzen. Weitere Informationen zur Lizenz unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Ersin Özşahin

Bürgerbeteiligung - Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger

Über die Notwendigkeit der Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger besteht weitgehend Einigkeit. Unklarheit herrscht aber über die Ausgestaltung der zukünftigen Prozesse und Mechanismen. Einige Hinweise über die Präferenzen der Bürger liefert das Fragemodul „Bürgerbeteiligung“.

Einleitung

Belastbare empirische Informationen über von Bürgern gewünschte Formen und Inhalte der Bürgerbeteiligung liegen kaum vor. Zwar fordern Bürgerschaft und Teile der Politik regelmäßig eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die politische Entscheidungsfindung, aber nur in den seltensten Fällen werden diese Forderungen mit Vorschlägen konkreter Beteiligungsformen verknüpft. Generell ist festzustellen, dass die Forderung nach Bürgerbeteiligung inhaltlich vage bleibt. Über die konkrete Formalisierung der Mitsprache bis hin zu Themenfeldern, die stärker einer erweiterten Beteiligungskultur geöffnet werden sollen, herrscht Unklarheit.

Auch die Erfahrungen mit konkreten Beteiligungsprojekten sind oft ambivalent. In Wiesbaden werden beispielsweise die Maßnahmen und Beteiligungsformen im Rahmen der Gestaltung des Rheinufers im Stadtteil Kostheim positiv rezipiert, während das stadtweite Projekt „Bürgerhaushalt“ wenig Zuspruch fand. Ad hoc wird dieser Unterschied auf die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger zurückgeführt: während das eine Projekt sichtbare Resultate der Beteiligung zum Ergebnis hat, verbleibt das fiskalische Beteiligungsthema im Abstrakten; während die städtebauliche Gestaltung des Rheinufers in Workshops anhand von Skizzen und Modellen diskutiert wurde, wurde über Bestandteile des Bürgerhaushalt lediglich online abgestimmt; während die direkte, lokale Betroffenheit die Bürgerinnen und Bürger in Kostheim zur Beteiligung motiviert, fehlt bei Fragen nach der Ausgestaltung kommunaler Finanzen der persönliche Bezug.

Für die Ausgestaltung zukünftiger Formen der Bürgerbeteiligung erscheint es daher notwendig, die Präferenzen der Bürger sowie eventuelle spezifische Zielgruppen zu identifizieren. Erste Anhaltspunkte zur Klärung dieser Fragen können aus dem Themenmodul Bürgerbeteiligung gewonnen werden, welches als eigenständiges Fragenmodul in die Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten „Urban Audit“ Ende 2012 geschaltet wurde.

Datengrundlage

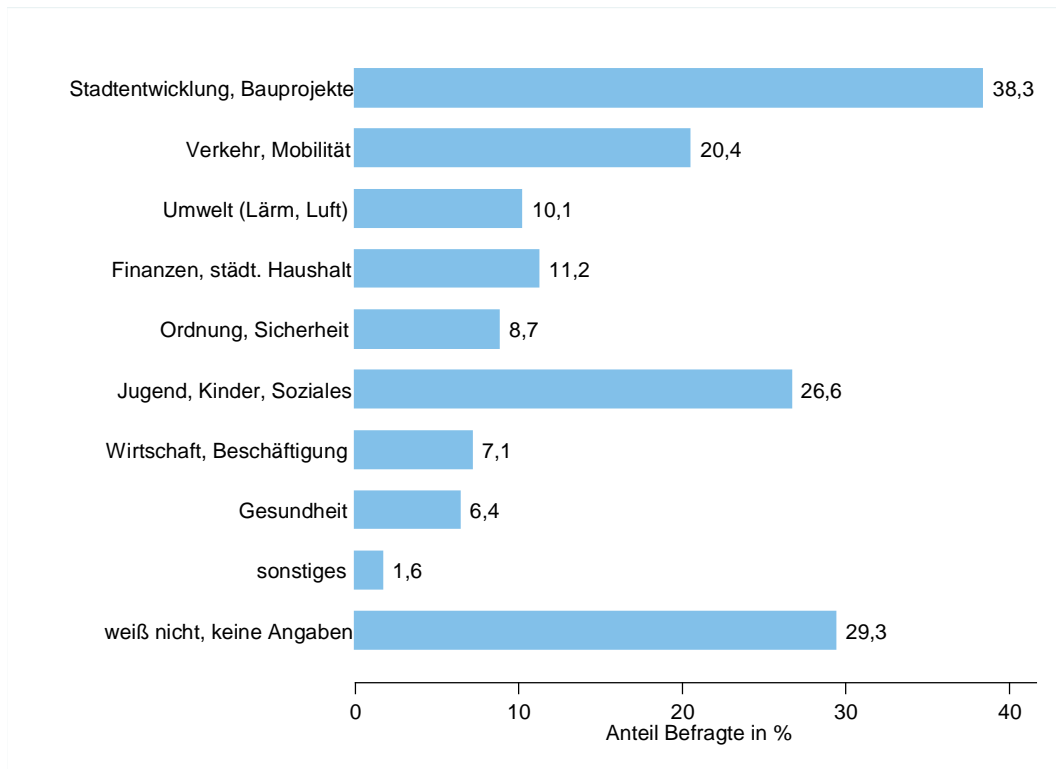
Im Rahmen des „Urban Audit“ im Spätherbst 2012 ist das Fragenmodul zum Themenfeld Bürgerbeteiligung in drei Städten geschaltet worden: in Koblenz (n= 800), Saarbrücken (n=800) und Wiesbaden (n=1001). Insgesamt wurden 2601 Personen über die ADM-Stichprobe telefonisch befragt. Der Fragebogen und die Gesamtauszahlung sind im Anhang dokumentiert. Ebenso wird im Anhang die soziodemographische Struktur der Befragten ausführlich dokumentiert. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die wesentlichen Befunde der Befragung mit Blick auf die oben formulierte Fragestellung.

Ergebnisse

Einen ersten wichtigen Hinweis auf die für Beteiligungsprozesse als relevant erachteten Politikfelder liefert die Frage 7 des Fragenmoduls. An dieser Stelle wurde gefragt, in welchen kommunalen Themenfeldern es die Bürgerinnen und Bürger für besonders wichtig erachten, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auszubauen. Das Balkendiagramm in Abbildung 1 fasst die Ergebnisse der Frage über alle drei Städte hinweg zusammen. Wichtig ist hier anzumerken, dass die Politikfelder vorgegeben und Mehrfachnennungen zugelassen waren. Die Prozentuierung der Antworten bezieht sich dennoch auf die Gesamtzahl der Befragten, sodass sich die Anteile nicht auf 100 aufaddieren¹.

Abbildung 1: In welchen kommunalen Themenfeldern finden es die Befragten besonders wichtig, dass die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ausgebaut werden?

Anteil der Befragten insgesamt in Koblenz, Saarbrücken und Wiesbaden



Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung, n=2601; Mehrfachantworten möglich.

Es sind deutlich drei Themenfelder als Schwerpunkte zu erkennen: am häufigsten wurde der Bereich Stadtentwicklung und Bauprojekte genannt und mit größerem Abstand folgen die Felder Jugend, Kinder und Soziales, sowie das Themenfeld Verkehr und Mobilität. Anzumerken ist hier, dass mit fast 30% die zweitgrößte Gruppe Befragte stellen, die keine Präferenzen äußern.

Diese drei Schwerpunkte finden sich analog in allen drei Städten - wenn auch mit graduellen Unterschieden (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: In welchen kommunalen Themenfeldern finden es die Befragten besonders wichtig, dass die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ausgebaut werden?

Anteil der Befragten jeweils in Koblenz, Saarbrücken und Wiesbaden

	Koblenz		Wiesbaden		Saarbrücken	
	abs	in %	abs	in %	abs	in %
Stadtentwicklung, Bauprojekte	331	41,3	326	32,5	329	41,1
Verkehr, Mobilität	200	25,0	171	17,1	154	19,2
Umwelt (Lärm, Luft)	84	10,5	130	13,0	56	7,0
Finanzen, städt. Haushalt	144	18,0	59	5,8	77	9,7
Ordnung, Sicherheit	79	9,9	83	8,3	64	8,0
Jugend, Kinder, Soziales	253	31,6	246	24,6	189	23,6
Wirtschaft, Beschäftigung	86	10,8	38	3,8	54	6,7
Gesundheit	67	8,4	50	5,0	45	5,7
sonstiges	9	1,1	24	2,4	10	1,3
weiß nicht, keine Angaben	209	26,2	330	33,0	231	28,9

Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung, Koblenz n=800; Wiesbaden n=1001; Saarbrücken n=800; Mehrfachantworten möglich

Die Frage nach den präferierten Politikfeldern korrespondiert weitgehend mit einer zweiten thematischen Frage im Modul. Die Befragten wurden in der Frage 6 gebeten, konkrete und aktuelle Themen oder Projekte zu benennen, in denen sie sich weitgehende Partizipationsmöglichkeiten wünschen. Von den Befragten in den drei Städten haben insgesamt 1381 Personen², also etwa 53 Prozent aller Befragten mindestens ein aktuelles Projekt oder Thema benannt. Knapp 20 Prozent aller Befragten – 512 Personen – nannten dabei ein Projekt, welches dem Bereich Stadtentwicklung und Bauprojekte zuzuordnen ist, wie zum Beispiel das Saarbrücker Projekt der „Stadtmitte am Fluss“. 18 Prozent äußerten Partizipationswünsche im Bereich der Infrastruktur- und Verkehrsprojekte – hierzu zählte auch die zum Erhebungszeitpunkt in Koblenz stark diskutierte Frage über den Verbleib der Seilbahn über den Rhein oder die in regelmäßigen Abständen wiederkehrende Diskussion in Wiesbaden über eine Stadtbahn. Tabelle 2 fasst dieses Ergebnis zusammen.

Tabelle 2: Fällt Ihnen aktuell für (Stadtname) ein konkreter Bereich bzw. Anlass ein, für den Sie sich wünschen, dass die Stadt die Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligt?

Anteil der Befragten jeweils in Koblenz, Saarbrücken und Wiesbaden

	Koblenz	Wiesbaden	Saarbrücken
	in %	in %	in %
Bauvorhaben / Projekte	32,8	20,5	37,2
Infrastruktur / Verkehr	26,9	25,9	30,2
Umweltschutz	6,0	11,6	2,6
Soziales / Bildung	14,3	26,0	12,2
Sonstiges	20,0	16,0	17,7

Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung, Koblenz n=800; Wiesbaden n=1001; Saarbrücken n=800; Mehrfachantworten möglich.

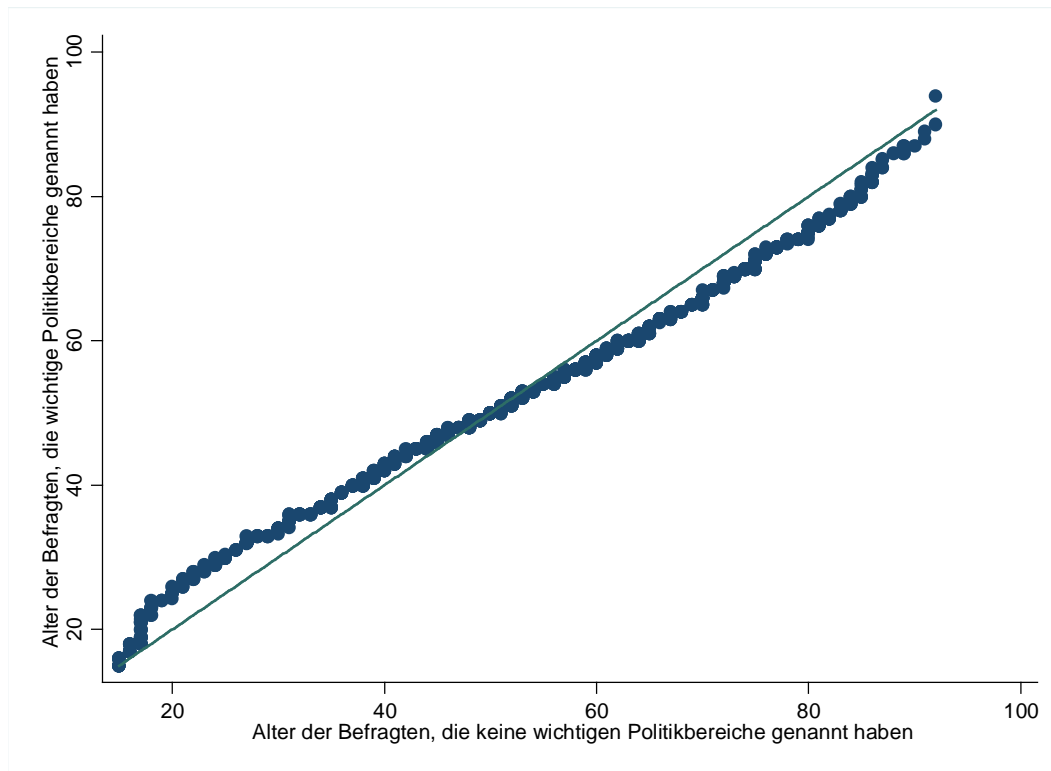
Hinsichtlich der oben formulierten Fragestellung können hier zwei zentrale Ergebnisse der Befragung festgehalten werden:

- Die Befragten äußern ein klares Bedürfnis nach einem „Mehr an Mitbestimmung“. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger möchte stärker als bisher in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden. Neben den 53 Prozent der Befragten, die ein konkretes Thema oder Projekt angeben konnten, haben insgesamt 70 Prozent der Befragten wenigstens ein Themenfeld genannt, in dem sie sich generell die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten wünschen (siehe Frage 7 des Fragenmoduls und deren grafische Auswertung in Abbildung 1).
- Die Untersuchung der präferierten Themenfelder für die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten zeigt zudem, dass insbesondere städtebauliche Themen für die Ausweitung der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung präferiert bevorzugt werden. Die Bürgerinnen und Bürger möchten bei den im Wortsinne sichtbaren und konkreten Projekten beteiligt werden. Abstrakte Themen, wie z.B. die kommunalen Finanzen, werden hingegen kaum präferiert (lediglich 11 % der Befragten nennen diesen Bereich).

Insbesondere aus dem ersten Teilergebnis ergibt sich die Frage, inwiefern sich die Gruppe derjenigen, die eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten wünscht, von der anderen unterscheidet.

- Es lässt sich zeigen, dass die Ausweitungsbefürworter in der Tendenz jünger sind.

Abbildung 2: Die Altersverteilung der Befragten nach der Befürwortung der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten (Quantile-Quantile-Plot)



Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung
Gruppenzugehörigkeit wurde über die Frage 7 zur Nennung eines Politikfeldes, in dem die Bürgerbeteiligung ausgebaut werden soll, operationalisiert

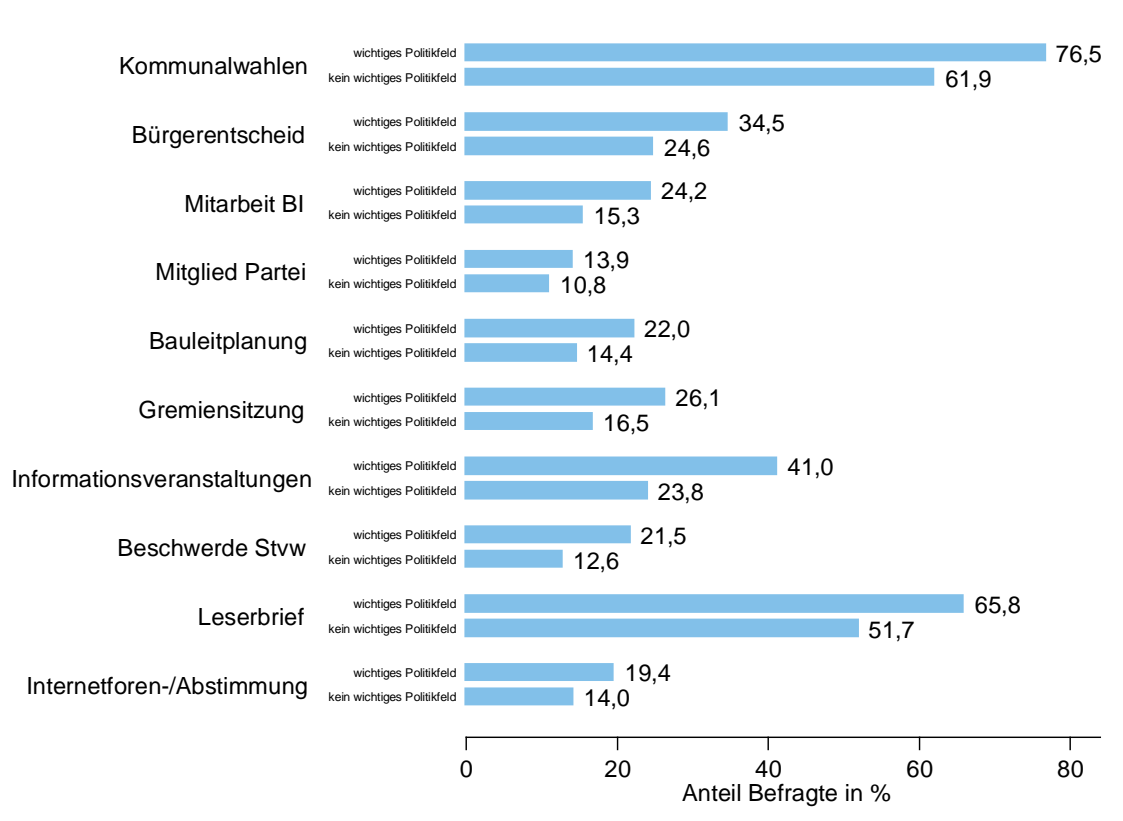
Der Quantile-Quantile-Plot⁴ in Abbildung 2 zeigt, dass jüngere Befragte systematisch eher zu der Gruppe gehören, die mindestens ein Politikfeld für die generelle Ausweitung der Bürgerbeteiligung angegeben hat. Ältere Befragte – etwa ab dem 60 Lebensjahr gehören eher zu der Gruppe, die keinen Politikbereich angegeben haben. Allerdings sind die Abweichungen von der Diagonalen relativ gering – würden die Datenpunkte alle auf der Diagonalen liegen, wäre die Altersverteilung in beiden Gruppe annähernd identisch.

- Die Ausweitungsbefürworter waren nach eigener Angabe in der Vergangenheit aktiver in der Nutzung bestehender Partizipationsmöglichkeiten.

Im Fragenmodul wurde erfragt, welche bestehenden Partizipationsmöglichkeiten von den Bürgerinnen und Bürgern in der Vergangenheit genutzt worden sind. Setzt man diese Auskünfte in Verbindung mit der Frage, ob die Befragten generell einen wichtigen Bereich für die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten benennen können, ergibt sich ein interessantes Bild. Abbildung 3 verdeutlicht, dass über alle bestehenden Partizipationsoptionen hinweg die Gruppe derjenigen, die Themenfelder für die Ausweitung der Bürgerbeteiligung genannt haben, tendenziell in der Vergangenheit aktiver war, als diejenigen,

die kein wichtiges Politikfeld genannt haben. Zum Beispiel haben 24 Prozent der Ausweitungsbefürworter in der Vergangenheit in einer Bürgerinitiative (BI) aktiv mitgearbeitet. In der Gruppe, die kein Themenfeld für die Ausweitung der Partizipation genannt hat, sind es lediglich 15 Prozent.

Abbildung 3: Die Nutzung bestehender Partizipationsmöglichkeiten nach der Befürwortung der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten



Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung, Gruppenzugehörigkeit „Ausweitungsbefürworter“ wurde über die Frage 7 zur Nennung eines Politikfeldes, in dem die Bürgerbeteiligung ausgebaut werden soll, operationalisiert; Prozentuierung auf die Gruppenzugehörigkeit; Mehrfachnennungen der genutzten Partizipationsmöglichkeiten waren möglich

Interessant ist weiter, dass über fast alle bestehenden Möglichkeiten der Partizipation hinweg die Abstände zwischen der Gruppe der Befürworter des Ausbaus der Partizipation und denjenigen, die keine Themenfelder zur Ausweitung der Partizipation genannt haben, moderat sind. Dieser Abstand beträgt beispielsweise knapp 8 Prozent-Punkte bei der Nutzung der bestehenden Möglichkeiten der Partizipation an der Bauleitplanung nach §3 Baugesetzbuch.

Bedenkt man, dass lediglich 20 Prozent der Befragten angeben, in der Vergangenheit schon einmal die Möglichkeit der Partizipation im Rahmen der Bauleitplanung genutzt zu haben, drängt sich bei der Betrachtung der Verteilung in Abbildung 3 die Hypothese auf, dass für einen Teil dieser kleinen Gruppe der Engagierten die bestehenden Optionen der Partizipation ausreichen. Eine Annäherung an die Prüfung dieser Hypothese bietet Tabelle 3. Die Tabelle kreuzt die Forderung nach einem stärkeren Ausbau der

Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen städtebaulicher Maßnahmen mit der Nutzung der Beteiligungsmöglichkeiten im Kontext der Bauleitplanung in der Vergangenheit.

Tabelle 3: In der Vergangenheit genutzte Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung und der Wunsch des Ausbaus der Bürgerbeteiligung im Bereich Stadtentwicklung und Bauprojekte

In der Vergangenheit genutzte Partizipationsmöglichkeit im Rahmen der Bauleitplanung?		Ausbau der Bürgerbeteiligung im Bereich Stadtentwicklung und Bauprojekte		
		nein	ja	insgesamt
nein	abs.	1 356	731	2 087
	Zeilen-%	65,0	35,0	100,0
	Spalten-%	84,6	73,3	80,2
ja	abs.	248	266	514
	Zeilen-%	48,2	51,8	100,0
	Spalten-%	15,4	26,7	19,8
insgesamt	abs.	1 604	997	2 601
	Zeilen-%	61,7	38,3	100,0

Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung

Es zeigt sich, dass von den 997 Befragten, welche den Ausbau der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in diesem Politikfeld für wichtig erachten, lediglich 266 angeben, in der Vergangenheit die bestehenden Möglichkeiten der Bauleitplanung genutzt zu haben. Hier stellt sich die Anschlussfrage, welche Gründe die Mehrheit der Ausbaubefürworter hatte, die bestehenden Optionen nicht zu nutzen? Ohne weitere Untersuchungen ist diese Frage aber nicht zu beantworten.

Man kann aber zumindest feststellen, dass ein kleiner Teil der Befragten um den aktuellen IST-Zustand der Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich der baulichen Stadtentwicklung weiß und diese aktiv genutzt hat. Interessant ist daher auch, dass 48 Prozent derjenigen, die angeben in der Vergangenheit an der Bauleitplanung teilgenommen zu haben, dem generellen Ausbau der Bürgerbeteiligung im Kontext der Stadtentwicklung keine Priorität einräumen. Ob diese Gruppe argumentiert, dass die Bauleitplanung ausreichende Partizipationsmöglichkeiten bietet, ist eine naheliegende Vermutung aber hoch spekulativ. Auch hier sind zur Beantwortung dieser Frage weiterführende Untersuchungen notwendig.

- Die Gruppe der Ausweitungsbefürworter hat tendenziell ein stärkeres Interesse an der Kommunalpolitik, als diejenigen, die keine Themengebiete für die grundsätzliche Ausweitung der Bürgerbeteiligung nennen.

Abbildung 3 verleitet zu der (fast schon banalen) Vermutung, dass der Wunsch nach Ausbau der Bürgerbeteiligung stark mit dem allgemeinen Interesse an kommunalpolitischen Fragen verknüpft ist. Tabelle 4

bestätigt zunächst auch diesen Zusammenhang. 80 Prozent derjenigen, die ein starkes Interesse an der Lokalpolitik haben, haben auch mindestens ein Politikfeld genannt, in dem die Bürgerbeteiligung prinzipiell ausgeweitet werden sollte. Mit 43 Prozent stellen die lokalpolitisch stark Interessierten auch die Modalkategorie in der Gruppe der Ausweitungsbefürworter. Allerdings verdeutlicht die Tabelle auch, dass der Zusammenhang zwischen stärkerem kommunalpolitischem Interesse und Befürwortung der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten nicht übermäßig stark ausgeprägt ist. Spearman's Rangkorrelationskoeffizient ρ weist mit 0,164 einen lediglich moderaten Zusammenhang aus.⁴

Tabelle 4: Interesse an Lokalpolitik nach der Befürwortung der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten

Interesse an Lokalpolitik		Genanntes Politikfeld für die Ausweitung		
		ja	nein	Insgesamt
kein / schwaches Interesse	Zeilen-%	60,2	39,8	100,0
	Spalten-%	21,2	33,8	24,9
mittleres Interesse	Zeilen-%	68,3	31,7	100,0
	Spalten-%	34,9	39,0	36,1
starkes Interesse	Zeilen-%	79,5	20,5	100,0
	Spalten-%	43,9	27,2	39,0
Insgesamt	Zeilen-%	70,7	29,3	100,0

Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung, Gruppenzugehörigkeit über Frage 7, Antwort: weiß nicht / keine Nennung

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen stellt sich die weiterführende Frage, wie stark die identifizierten Einflussfaktoren auf die Wünsche nach der Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten wirken. Die bivariate Korrelation des politischen Interesses indiziert zwar einen schwachen Zusammenhang, sagt aber noch nichts über die Einflussstärke unter Kontrolle weiterer Einflussfaktoren aus.

Das multivariate Zusammenwirken der Einflussgrößen kann über eine logistische Regression⁵ dargestellt werden. Eine sehr basale Regressionsgleichung zur Vorhersage des dichotom kodierten Wunsches nach Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten soll über eine additive Funktion der Merkmale (Prädiktoren) Alter und formale Schulbildung (in Form von Abitur vs. kein Abitur) und Interesse an Kommunalpolitik (in der in Tabelle 4 genutzten dreistufigen Kodierung, wobei die Gruppe der schwach bis gar nicht Interessierten als Referenzkategorie dient) formuliert werden. Das Grundmodell soll in einem zweiten Schritt ergänzt werden durch die zusätzliche Aufnahme der in der Vergangenheit genutzten Partizipationsoptionen (jeweils dichotom kodiert).

Formal:

$$\log_e(\hat{\mu}(x)/1 - \hat{\mu}(x)) = \beta_0 + \beta_1x_1 + \beta_2x_2 + \dots \beta_kx_k + \epsilon$$

Um das Modell nicht zu überfrachten, werden bei den genutzten Partizipationsmöglichkeiten nur diejenigen aufgenommen, deren Nutzung mit einem gewissen Aufwand verbunden ist – das sind die Mitarbeit

in einer Bürgerinitiative, Parteimitgliedschaft, Nutzung der Möglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung und die Teilnahme an Gremiensitzungen. Es soll hier argumentiert werden, dass diese Möglichkeiten der Partizipation ein höheres Engagement der Bürgerinnen und Bürger erfordern und damit einen qualitativ aussagekräftigeren Prädiktor darstellen, als die relativ wenig aufwendigen Optionen, wie z.B. die Teilnahme an einer Kommunalwahl oder eines Bürgerentscheids. Tabelle 5 berichtet die Ergebnisse der beiden Regressionsmodelle.

Die Ergebnisse des Basismodells unterstützen die bisherigen Schlussfolgerungen:

- Das Alter ist negativ mit der Wahrscheinlichkeit, einen Ausweitungswunsch zu äußern, verknüpft, d.h. umso älter der Befragte, umso eher hat er oder sie kein Themenfeld für die Ausweitung der Bürgerbeteiligung genannt.
- Das Interesse an der Kommunalpolitik ist positiv mit der Wahrscheinlichkeit, den Ausbau der Bürgerbeteiligung zu wünschen, verknüpft. Über beide Kategorien im Vergleich zur Referenzgruppe der Uninteressierten zeigt das Modell, dass ein höheres Interesse mit einer höheren Wahrscheinlichkeit der Präferenzäußerung einhergeht.
- Das Grundmodell stützt auch die Aussage, dass ein höheres formales Bildungsniveau die Wahrscheinlichkeit, einen Ausweitungswunsch zu äußern, erhöht.⁶

Das Modell 2 – ohne die einzelnen Koeffizienten überzuinterpretieren – verdeutlicht zudem, dass ein stärkeres partizipatorisches Engagement der Befragten in der Vergangenheit die Wahrscheinlichkeit erhöht, die generelle Ausweitung der Bürgerbeteiligung zu befürworten. Lediglich für Parteimitglieder gilt diese Aussage nicht.

Kritisch muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalyse nicht überbewertet werden sollten. Die in Tabelle 5 berichteten modelfit-Maße zeigen deutlich, dass die Güte der Modelle eher schwach ist. Die gewählten Prädiktoren tragen nur in einem geringen Ausmaß zur Klärung der beobachteten Varianz auf der abhängigen Variablen bei. Die Ergebnisse der Modelle sollten daher nicht überinterpretiert werden. Sie zeigen lediglich Tendenzen auf, die es gilt, in Folgeuntersuchungen zu bestätigen.

Tabelle 5: Ergebnisse der Regressionsmodelle

Berichtet werden die Logit-Koeffizienten, Odds-Ratios⁷ und in Klammer die Standardfehler der Schätzung.

Abhängige Variable: Wunsch nach der generellen Ausweitung der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung (*Frage 7: Antwort: weiß nicht / keine Nennung vs. der Nennung eines Politikfeldes*)

<i>Einflussgrößen</i>	<u>Model 1</u>		<u>Modell 2</u>
	<i>logits</i>	<i>Odds Ratio</i>	<i>logits</i>
Alter	-0,006* (0,003)	0,99	-0,008** (0,003)
Interesse an Politik			
mittleres	0,377*** (0,111)	1,46	0,328** (0,111)
starkes	0,899*** (0,116)	2,46	0,723*** (0,121)
Abitur	0,535*** (0,090)	1,17	0,485*** (0,090)
Mitarbeit an BI			0,317** (0,121)
Parteiliederschaft			-0,042 (0,142)
Bauleitplanung			0,337** (0,128)
Gremiensitzung			0,292* (0,122)
Konstante	0,465** (0,158)	1,60	0,481** (0,158)
N			2599
Log-Likelihood		2599	-1500,248
McFaddens R ²		-1515,892	0,046
McKelvey &		0,036	
Zavoina's R ²		0,063	0,085
AIC		3041,78	3018,49

Signifikanzniveau: *p < 0,1, **p < 0,05, ***p < 0,01

Quelle: Koordinierte Befragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2012: Modul Bürgerbeteiligung

Fazit

Die Befragung liefert zuvorderst das eindeutige Ergebnis, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden möchte. Inhaltlich

wird von einem Großteil der Befragten die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten im Kontext städtebaulicher Maßnahmen und Infrastruktur-Projekten gewünscht. Je abstrakter die Politikfelder inhaltlich werden, umso seltener wird die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten verlangt.

Der stärkste Prädiktor für den Wunsch nach einer Ausweitung der Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ist – und das erscheint nicht wirklich verwunderlich – das Interesse eines Befragten an der Lokalpolitik. Die vorliegenden Daten legen zudem nahe, dass die Forderung nach Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten stärker von jüngeren Bürgerinnen und Bürgern geäußert wird als von älteren. Mögliche Ursachen für diesen Unterschied liefern die Befragungsergebnisse leider nicht.

Diese Ergebnisse sind zunächst keine Überraschung. Interessant und aufschlussreich sind aber Details. Beispielsweise inwiefern das Wissen um und die Nutzung bestehender Partizipationsmöglichkeiten die Forderung nach einem Mehr an Mitbestimmung beeinflussen. Hier sind die Ergebnisse nicht eindeutig. Die multivariate Analyse deutet zwar darauf hin, dass die Beteiligung in der Vergangenheit positiv mit den Wünschen nach dem Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten verknüpft ist, aber die schlechte Modellgüte der Regression relativiert die Aussagekraft. An dieser Stelle gilt es daher weitere Untersuchungen anzustellen und zum Beispiel auch zu hinterfragen, inwiefern der Wunsch nach Ausbau der Beteiligung in Unkenntnis bestehender Optionen formuliert wird, oder auch ob die bestehenden Optionen zu technisch und bürokratisch wahrgenommen werden und eher niederschwellige Angebote erwartet werden.

-
- 1 Um trotz unterschiedlicher Fallzahlen in den Städten die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden entsprechende Gewichtungen vorgenommen.
 - 2 Diese Gruppe verteilt sich relativ gleichmäßig über die drei Städte: 32 % der 1381 Befragten sind Koblenzer, 31 % kommen aus Wiesbaden, während 38 % dieser Gruppe aus Saarbrücken kommen. Betrachtet man innerhalb der Städte das Verhältnis derjenigen, die aktuelle Themen genannt haben, zu denjenigen, die keine Themen genannt haben, ergibt sich folgendes Bild: 51 % in Koblenz haben mindestens ein aktuelles Thema genannt, 49 % in Wiesbaden und 60 % in Saarbrücken.
 - 3 Bei einem Q-Q-Plot werden die Quantile zweier Verteilungen verglichen – hier einmal die Altersverteilung für die Gruppe derjenigen, die ein Politikfeld genannt haben und die Altersverteilung der Gruppe, die kein Politikfeld benannt hat. Faktisch werden die Altersbeobachtungen in beiden Gruppen aufsteigend sortiert und entsprechend der Reihenfolge gegeneinander geplottet – d.h. der kleinste Wert der einen Gruppe gegen den kleinsten Wert der zweiten Gruppe geplottet, der zweitkleinste Wert (...). Wäre die Altersverteilung in beiden Gruppen gleich, würden die Beobachtungspaare auf der Diagonalen liegen. Abweichungen der Punkte von der Diagonalen zeigen die Unterschiede in den Verteilungen an. In diesem Beispiel, dass der höhere Anteil der Befragten zwischen 18 und 40 Jahren in der Gruppe derjenigen liegt, die ein Politikfeld für die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten ausgewählt haben. Generell zum Quantile-Quantile-Plot siehe R. Schnell (1994): *Graphisch gestützte Datenanalyse*. München : Oldenbourg Verlag, S. 43f.
 - 4 Generell zur Rangkorrelation nach Spearman vgl. J. Bortz (1999): *Statistik für Sozialwissenschaftler* (5. Auflage), Berlin, Heidelberg, New York: Springer, S. 223. Die hier berichtete Korrelation ist signifikant auf dem 1 %-Niveau.
 - 5 Grundlegend zur logistischen Regression vgl. J. S. Long (2009): *Regression Models for Categorical and Limited Dependent Variables*, Thousand Oakes: Sage.
 - 6 Das Interesse an Politik im Allgemeinen wird u.a. auf den sozialen Status zurückgeführt. Studien stellen in diesem Kontext z.B. immer wieder fest, dass ein niedriger Sozialstatus tendenziell mit einem geringeren Interesse am politischen Geschehen verknüpft ist oder auch konkret mit einer niedrigen Wahlbeteiligung korreliert. Mit dem vorliegenden Datensatz kann eine solche Hypothese nicht vollständig untersucht werden: einerseits fehlen die meisten der notwendigen Items zur Operatio-

nalisierung des Sozialstatus und zweitens weisen Umfragen häufig die sogenannte Mittelschichts-Bias auf. D.h. die Teilnehmer aus über- oder unterdurchschnittlichen sozialen Milieus sind häufig unterrepräsentiert. Gezeigt werden kann an dieser Stelle aber, dass der formale Bildungshintergrund eines Befragten – ein Prädiktor des sozialen Status – leicht positiv auf die abhängige Variable einwirkt.

Vgl. Lester W. Milbrath, M. Lal Goel (1977): *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?*, Rand McNally: Lanham; Sebastian Bödeker (2012): *Soziale Ungleichheit und Politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*, OBS Arbeitspapier Nr. 1, Otto Brenner Stiftung: Frankfurt (Main) (<https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitspapiere/shop/obs-arbeitspapier-nr-1-soziale-ungleichheit-und-politische-partizipation-in-deutschland.html>). Zur Mittelschichts-Bias bei Umfragen vgl. Franziska Kunz (2010): *Mahnaktionen in postalischen Befragungen: empirische Befunde zu Auswirkungen auf den Rücklauf, das Antwortverhalten und die Stichprobenszusammensetzung*. In: *Methoden Daten Analysen*, 2010, Heft/Band 2/4, S. 127 - 155.

- 7 Bezüglich der Effektstärken vereinfacht die Umrechnung der Logit-Koeffizienten in sogenannten Odds-Ratios die Interpretation. Stark verkürzt dargestellt, folgt die Interpretation der Logik, umso höher der Wert, umso stärker ist der Effekt auf die Wahrscheinlichkeit den Wunsch nach der Ausweitung der Bürgerbeteiligung zu beobachten. Hier zeigt sich, dass das Interesse an der Kommunalpolitik die entscheidende Einflussgröße darstellt.

Der Autor

Dr. Ersin Özşahin leitet die Abteilung Statistik im Amt für Strategische Steuerung, Stadtfor-schung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden. Stadt Wiesbaden, Wilhelmstr. 32, 65183 Wiesbaden, Telefon +49 (0)611 31 3210

E-Mail: ersin.oezsahin@wiesbaden.de

Summary

There is hardly any reliable empirical information with regard to the forms and content of public participation requested by citizens. Although the citizenry and some politicians regularly call for greater integration of citizens into the political decision-making process, these demands are nevertheless only rarely linked to proposals for specific forms of participation. Generally, it can be said that, in terms of content, the demand for public participation remains quite vague. Regarding the ways in which participation is to be specifically formalized and the question of what topics are to be opened up to increased participation uncertainty prevails.

Furthermore, the experience that people have had of specific publicly-shared projects is often ambivalent. In Wiesbaden, for instance, the measures taken and various forms of participation produce positive responses when we are looking at the project for the design of the Rhine riverbank in the district of Kostheim, whereas the city-wide “participatory budgeting” project has encountered but little support. Ad hoc, this discrepancy in acceptance is attributed to the citizens’ perceptions: while in the first project participation produces visible results, the topic of fiscal participation remains abstract. Whereas the urban design of the Rhine riverbank was discussed in workshops on the basis of drawings and design models, there was merely an online vote on the components of the participatory budgeting project. While

the direct, local involvement of citizens in Kostheim gives them a strong motivation for participation, issues relating to the shaping of municipal finances lack the personal touch.

The organization of future forms of public participation therefore seems to require the identification of the citizens' preferences and possible specific target groups. Initial pointers for clarifying these questions can be gathered from the "Public participation" module that was created as a separate question module in the context of the public survey regarding the quality of life in German cities, the "Urban Audit", which was conducted at the end of 2012.